

Wir haben keinen Kasino-Kapitalismus (auch wenn Hans-Werner Sinn sein neuestes Buch so betitelt hat). In einem Kasino würde ein Spieler selbst mit sehr viel Geld (sagen wir: mehreren hundert Milliarden) nach ein paar Stunden bemerken, dass auch mit seinen Wahnsinns-summen keine entsprechend gewaltige Rendite zu erzielen ist. Bei unsern Bankern aber läuft die Sache so: Wenn nur einige von ihnen „sich mit einer gewissen Plausibilität für eine Weile einreden können, sie würden überdurchschnittliche Renditen bei geringem Risiko“ erzielen können, dann spekulieren sie eben weiter (Heiner Flassbeck). Kurzfristig ist das für sie profitabel. Nur halt irgendwann plötzlich nicht mehr.

Aber mit vielem anderen hat Hans-Werner Sinn, in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, ja so recht. Er erkennt bei den Banken „toxische Papiere“, die sie schnell loswerden möchten; er verlangt eine „wesentlich strengere Regulierung“ des Bankenwesens; und er sagt mit aller Deutlichkeit: „Die Frage ist: Wer kontrolliert die Banken?“ Er ist Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und des International Institute of Public Finance. Er weiß, worum es geht.

Aber er weiß es halt auch nur, so wie wir alle, erst hinterher, also zu spät. Warum die SZ, auf wundgescheuerten Knien vor solchen Präsidenschaften, dem Auch-nicht-Klügeren als „einem der führenden Ökonomen der Republik“ huldigt, ist nicht zu erfahren.

Sigrid Skarpelis-Sperk bietet in ihrem Beitrag nüchterne Zahlen und Fakten zur Rezession und deren düsteren Aussichten. Aber es sind eben nur Zahlen, die noch nicht einmal andeutungsweise, wie sie schreibt, „die Frustration, den Zorn und die nackte Verzweiflung“ der weltweit Geschädigten wiedergeben können. Den Stolz auf die hochgelobte Soziale Marktwirtschaft als gerade modischen Exportschlager kann sie ohne eine schier „kulturrevolutionäre“ Neu-Orientierung der Wirtschaftspolitik nicht nachempfinden.

Auch der Ökonomie-Nobelpreisträger Amartya Sen plädiert nachdrücklich für eine andere Blickrichtung. Es muss, meint er, nicht gleich ein „neuer Kapitalismus“ sein, aber einer, der zum Beispiel die vergessenen Ideen des Keynes-Kollegen Arthur Cecil Pigou aufgreift und eine „menschenwürdige Wirtschaft“ herbeiführt.

Und dann war da auch noch Europa. Wir haben Abgeordnete gewählt, aber es sind Abgeordnete ohne große Entscheidungsbefugnisse. Und in der Luft hängt der Vertrag von Lissabon.

In der Tschechischen Republik haben beide Parlamentskammern ihn gutgeheißen. Nur Präsident Václav Klaus wartet mit seiner Unterschrift noch auf die Iren, die im Herbst 2009 ein zweites Referendum riskieren. Dass Horst Köhler noch nicht unterschrieben hat, liegt an den Verfassungsklagen gegen die Verabschiedung des Vertrags; die Klagen wurden zugelassen, sind aber noch nicht entschieden, der Ausgang ist ungewiss.

Den Hintergrund der Klagen erklärt Kurt-Peter Merk: Es widerspricht dem Grundgesetz und dem Prinzip der Gewaltenteilung, dass die Exekutive im Europäischen Rat Gesetze beschließt, die das gewählte deutsche Parlament umgehen (und vor allem: binden).

Manuel Knoll bescheinigt der EU ebenfalls ein Demokratie-Defizit. Sein Fokus ist jedoch ein anderer: Wo sind die Grenzen der EU? Wer soll dazugehören? (Im Klartext: auch die Türkei?) Gibt es so etwas wie eine nationale „Identität“ oder ist sie nur ein historisches Konstrukt?

Selbst wenn es nach der Europa-Wahl schon wieder ruhig zu werden beginnt: Die heutigen Antworten auf diese Fragen bestimmen unsere Zukunft.

*Fritz Glunk*